

9. April 2025

**Postulat**

von Samuel Balsiger (SVP)  
und Johann Widmer (SVP)  
und Yves Peier (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie zukünftig auch den Teilnehmern des «Marsch fürs Läbe» und jeder anderen Gruppierung, die sich im Rahmen des Rechtsstaates bewegt, die Grundrechte zugesichert werden können. Insbesondere sollen die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht gegen linksextreme Gewalt durchgesetzt werden.

**Begründung:**

Der schweizerische Bundesstaat garantiert der Bevölkerung Grundrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit oder die Kunstfreiheit. In der Stadt Zürich gelten diese Grundrechte jedoch nur theoretisch für alle. Denn immer wieder kommt es vor, dass – hauptsächlich aus dem linksextremen, gewalttätigen Milieu – Andersdenkende angegriffen und mundtot gemacht werden. Dies ist nur möglich, weil der Stadtrat unter Führung der Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart vor den Gewaltchaoten einknickt.

Neuestes Opfer der linken Meinungsdictatur: Die Dietiker Sängerin Bernarda Brunovic. Sie hätte an einem Musik-Festival auftreten sollen. Das Festival gibt es seit über 25 Jahren. Organisiert wird der Anlass vom Migros-Kulturprozent. Man möchte mit dem vielfältigen Programm vor allem Schweizer Musikerinnen und Musiker fördern. Das Event soll die Musikszene zusammenbringen und als Plattform für Austausch, Information und Talentförderung dienen. Zu viel Weltoffenheit für die linksextreme Antifa.

Die Antifa musste lediglich einen Social Media-Post mit einer Ankündigung einer Protestaktion hochladen und die Sicherheitsvorsteherin war bereits nicht mehr im Stande, die Grundrechte sicherzustellen. Offenbar hat mit der aktuellen Stadtregerung nicht mehr der Staat das Gewaltmonopol, sondern wer immer Gewalt und Drohungen gegen Andersdenkende anwenden will. Eine gefährliche und beschämende Entwicklung.

Das Sicherheitsdepartment liess anschliessend verlauten: «Die Polizei gab weder Empfehlungen ab noch hat sie über das weitere Vorgehen entschieden. Der Entscheid lag allein bei der Veranstalterin.» Mit anderen Worten: Der Staat überlässt es einem kommerziellen Grosskonzern, der sehr negative Presse hat, ob Linksextreme eine Kulturveranstaltung angreifen – oder ob durch die Ausladung der Sängerin Bernarda Brunovic die linksextreme Gefahr abgesagt ist.

Brunovic durfte nicht auftreten, was für Empörung in breiten Gesellschaftskreisen und zu einer weiteren Konzertabsage von Bernarda in Luzern führte. Das Vorgehen von Stadträtin Rykart löste maximalen Schaden aus: Der Glauben, dass die Sicherheit gewährleistet ist, ist nicht offenbar nicht mehr vorhanden. Rykart lässt die Linksextremen auf ganzer Linie gewinnen.

*Samuel Balsiger*  
*Johann Widmer*  
*Yves Peier*